

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 66, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Dornbrats-Verlag G.m.b.H. Berlin S.W. 66, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Pérets Finanzvorlage angenommen.

Nachführung bis 10% vormittags. - Stimmenthaltung der Sozialisten.

Paris, 1. April. (WIB.) Die Kammer hat mit 236 gegen 159 Stimmen den Steuerentwurf Pérets in seiner Gesamtheit angenommen. Erst um 10% Uhr vormittags ging die „Nachführung“ zu Ende.

Für die Regierung haben die meisten Radikalen und ein Teil der Mittelparteien gestimmt, gegen sie stimmten der Nationale Block und die Kommunisten. Die Sozialisten und ein Teil der Radikalen enthielten sich der Stimme.

Petroleum- und Zuckereinfuhr monopolisiert.

Paris, 1. April. (WIB.) Die Kammer nahm in ihrer Nachführung mit 293 gegen 265 Stimmen das Monopol auf die Petroleum-einfuhr an und lehnte mit 265 gegen 259 Stimmen die Streichung des Artikels über das Monopol auf die Zuckereinfuhr aus dem Budget ab, mit der sich die Regierung einverstanden erklärt hatte. Die Regierung hatte nicht die Vertrauensfrage gestellt. Die Kammer ging darauf zur Beratung der stark umstrittenen Vorlage über Erhöhung der Umsatzsteuer über. Aus dem Verlauf der Aussprache, die um 7 Uhr früh noch andauerte, ist zu ersehen, daß der kommunistische Antrag auf Zurückstellung des Umsatzsteuerartikels, nachdem Finanzminister Péret dagegen gesprochen und die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 227 gegen 103 Stimmen abgelehnt wurde.

Mit der Verabschiedung der Finanzvorlage ist es Péret gelungen, etwas zu erreichen, worin nicht weniger als vier seiner Vorgänger im Finanzministerium innerhalb von sechs Monaten gescheitert waren. Racheinander waren Caillaux, Painlevé, Boucheur und Doumer zum Rücktritt gezwungen worden, weil ihre Vorlagen im Widerspruch zum Programm des Kartells der Linken standen. Auch der Entwurf des neuen Finanzministers entsprach keineswegs den

Forderungen des Linksbloks. Er bewegte sich vielmehr fast in der gleichen Richtung wie die Doumiersche Vorlage. Wenn der Steuerentwurf dennoch verabschiedet wurde, so ist dies auf die Krisenmüdigkeit des größten Teils des französischen Volkes zurückzuführen. Der Durchschnittsfranzose, der nur die eine Tatsache sah, daß jede neue Ministerkrise und jede weitere Verschleppung des Finanzgesetzes eine abermalige Verschlechterung der französischen Währung zur Folge hatte, sagte sich schließlich: „Wieder noch mangelhafte und undemokratische Steuern als eine weitere Ungewißheit und ein weiteres Sinken des Frank!“ Diese Stimmung machte sich schließlich auch innerhalb der sozialistischen Fraktion bemerkbar, die, wie bereits ausführlich in der heutigen Morgenausgabe berichtet wurde, Stimmenthaltung beschloß. Es ist, mit anderen Worten, Briand gelungen, durch seine Beharrlichkeit die Linke zu zermürben und sie wenigstens zur Stimmenthaltung zu bewegen. Das Abstimmungsergebnis zeigt, daß ohne diese Stimmenthaltung, die übrigens nicht nur von den 100 Sozialisten, sondern auch von etwa 40 Radikalsozialisten geübt wurde, Briand auch diesmal wieder gestürzt worden wäre.

An sich erfüllt die nunmehr angenommene Finanzvorlage auch einige demokratische Forderungen, so z. B. die Monopolisierung der Petroleum- und Zuckereinfuhr, die mit Unterstützung der Sozialisten noch in der letzten Nacht mit ganz knapper Mehrheit beschlossen wurde. Ihr Kernstück ist jedoch die Erhöhung der Umsatzsteuer, zu deren Abschaffung sich die Parteien des Linksbloks verpflichtet hatten.

Die Vorlage geht nun an den Senat, der sie aber zweifellos schnell und unverändert verabschieden wird, um endlich mit diesem sechsmonatigen Trauerspiel Schluß zu machen.

Kommunisten machten noch mehrmals den Versuch zu Kundgebungen vor dem Versammlungsort, sie wurden aber schließlich durch die Polizei verdrängt.

Erwerbslosenunruhen in Polen.

Die Polizei feuert: 7 Tote.

Warschau, 1. April. (WIB.) In der Stadt Straj in Ostgalizien kam es gestern zu blutigen Kundgebungen. Vor der Starostia rottete sich eine Menge von ungefähr 1000 Erwerbslosen zusammen, die durch die Nichterfüllung ihrer Forderung nach einer Osterzulage in Erregung versetzt wurde, in das Gebäude einbrach, den dort befindlichen Staroststellvertreter schwer mißhandelte und die Bureaueinrichtungen zertrümmerte. Als die Demonstranten bei der Räumung des Amtsgebäudes durch Schußmännschaft tödlichen Widerstand leisteten, gab die Polizei Feuer. Sieben Personen wurden getötet und neun schwer verletzt. Herbeigeholtes Militär stellte dann die Ordnung wieder her. In der Stadt herrscht große Erregung.

Um Deutschlands Vertragserfüllung.

Hat Deutschland erfüllt oder ist es bereit, zu erfüllen?

London, 1. April. (WIB.) Im Unterhaus fragte Rennie Smith von der Arbeiterpartei, ob Chamberlain im Hinblick auf die Erklärungen der Kommission des Völkerbundes, daß Deutschland seine Vertragsverpflichtungen redlich erfüllt hat, und im Hinblick auf die Verpflichtungen des Artikels 431 des Versailler Vertrages eine Erklärung über die britische Haltung gegenüber der Frage der Räumung des Rheinlandes abgeben könne.

Chamberlain erwiderte, der Fragesteller mißverstehe die Tatsachen. Das erste Komitee der letzten Völkerbundsversammlung habe keine solche Erklärung abgegeben, sondern sich darauf beschränkt, in Uebereinstimmung mit § 2 des Artikels 1 der Völkerbundscharta die Ansicht auszusprechen, daß Deutschland jetzt wirksame Garantien seiner ehelichen Absicht gebe, seine internationalen Verpflichtungen einzuhalten.

Auf den zweiten Teil der Anfrage Smiths erwiderte Chamberlain, dieser gründe sich auf den ersten; da dieser auf einem Irrtum beruhe, sei der zweite gegenstandslos.

Der hier genannte Artikel 431 des Versailler Vertrages besagt, daß die „Alliierten“ das als Pfand für die Vertragserfüllung besetzte Rheinland sofort völlig räumen, wenn die Vertragserfüllung durch Deutschland gesichert ist. Es ist derselbe Artikel, auf dessen Bestehen Briand vor kurzem hinwies, als er wegen der Auslegung angegriffen wurde, die der deutsche Außenminister dem Vertrage von Locarno gab, als dessen Auswirkung eine Anwendung des Artikel 431 erscheint.

Die englische Regierungsantwort erinnert die Öffentlichkeit daran, daß noch keine endgültigen Vereinbarungen über den Abschluß der Militärkontrolle in Deutschland und die Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen getroffen worden sind. In der Tat wäre es die Pflicht der Reichsregierung, nach der durch die Senker Logung eingetretenen Pause die Initiative zur endlichen Bereinigung der Entwaffnungsfrage zu ergreifen, und damit die letzten rechtlichen Hindernisse gegen die frühere Räumung der beiden noch besetzten Zonen aus dem Wege zu räumen.

Frankfälscher-Phantasien.

Die militärischen Hintergründe.

Budapest, den 22. März.

Als Graf Stefan Bethlen sah, daß der im Ausland aufgetauchte Frankfälscherandal nicht totzuschweigen war, berief er Mitte Januar die „Häupter seiner Partei“ zusammen, um sie zu überzeugen, daß eine völlige Aufklärung nicht nur der Regierung, sondern auch dem Lande den größten Schaden zufügen könnte. Doch da Bethlen auch vor dieser Konferenz den wahren Sachverhalt zu enthüllen nicht wagte, hatte er nicht allzu viel Erfolg. Da, im letzten Moment, plagte er mit seinem stärksten Argument heraus und sagte: So versteht mich doch. Mit der völligen Aufklärung müßte ich auch unsere militärischen Verbindungen mit Deutschland aufdecken und zeigen, welchen Anteil an dieser Angelegenheit Deutschland hat. Und ihr könnt doch nicht von mir verlangen, daß ich die Deutschen, unsere Verbündeten, verraten soll! (Was Bethlen da als „Deutschland“ bezeichnet, steht man weiter unten. Red.)

Bethlens Getreue versuchten mit diesem Argument auch bei der Opposition zu wirken, doch ohne Erfolg. Bethlen und alle seine Mitarbeiter haben bisher ihr Möglichstes getan, um nicht nur die Beziehungen der ungarischen Frankfälscher zu ihren deutschen Gesellschaftern zu vertuschen, sondern mehr noch um all das zu vertuschen, was zeigen könnte, welche militärischen Ziele hinter dieser Unternehmung stecken.

In der ganzen Notensäckung — zuerst wurde ja tschechoslowakisches Geld („Sokoln“) nachgemacht — waren die militärischen Gründe das Ursprüngliche.

Nach dem Zusammenbruche der Käterepublik in Budapest und in München ergaben sich ganz automatisch gewisse Sympathiebeziehungen zwischen den reaktionären Regimes in Budapest und München. Doch stand engerem Zusammenwirken das stark sozialistische Deutschösterreich hindernd im Wege, wo die organisierten Arbeiter sehr streng darüber wachten, daß nicht ihr Land und speziell Wien das Verbindungselement zwischen der bayerischen und der ungarischen Reaktion werde. Damals wurde so manche Waffenschließung nach Ungarn verhindert.

Schon seit 1921 bereitete man in Budapest einen Einbruch in die Tschechoslowakei vor, sowie den Putz in Burgenland. Dazu schuf man die vielen geheimen militärischen Organisationen. Für die aber brauchte man Waffen.

Anfänglich versuchte man sich in Berlin Waffen zu verschaffen. Doch erwies sich dieser Weg als ungangbar, wegen der Haltung der preussischen Regierung. Vertreter der Schwerindustrie waren es dann, die die Verbindungen zwischen Ungarn und Bayern herstellten. Das erste große Waffengeschäft war die Vermittlung von sehr bedeutenden Lieferungen aus Deutschland an die Türkei vor dem griechisch-türkischen Kriege. Diese Lieferungen wurden auf der Donau nach Ungarn verschifft, von dort nach Bulgarien und schließlich über Borna-Schwarzes Meer abgeliefert. Das war ein förmliches Wiederaufleben des alten Kriegsbundes, nur daß Deutschland darin nur mit halber Zustimmung der bayerischen Regierung, sowie durch die rechtsradikalen Geheimbünde vertreten war. An diesem Geschäft verdienten die deutschen Rechtsradikalen ziemlich viel Geld und in allen beteiligten Ländern nahmen die Nationalisten den Sieg der neuen Türkei als gutes Vorzeichen für den eigenen Sieg.

Deutschösterreich wurde mit rechtsradikalen Emissären überschwemmt und die christlichsoziale Regierung duldete wohlwollend diese Treiber und den bayerisch-ungarischen Falschhandelsverkehr, gegebenenfalls auch ohne Paß und Sichtvermerk. Der oberste Verbindungsoffizier mit den deutschen Rechtsradikalen war der Abg. Gömbös. Während er in militärischen Angelegenheiten als genereller Generalsstabschefmann, ganz allein entscheidend, stand ihm in den „diplomatischen“ Fragen der Abg. Tibor Ehrhardt zur Seite. Der Abg. Hain aber war recht eigentlich der Commis Voyageur. In Bayern leitete die militärischen Angelegenheiten Ludendorff, die politischen Hilfer. Oberst Bauer aber, der zu verschiedentlichen Malen längere Zeit in Budapest weilte, hatte die besondere Aufgabe, dort die Durchführung der von Ludendorff-Gömbös befohlenen militärischen Aufträge zu überwachen. In Wien sah als Hauptmittelsmann Kapitän Ehrhardt.

Nachdem im Jahre 1923 durch diese gemeinsame Arbeit so wie Deutschland auch Ungarn mit einem ganzen Reg von militärischen Geheimorganisationen überzogen war, die allesamt nach denselben Grundfäden Ludendorffs aufgebaut, nötigenfalls reibungslos zusammenwirken konnten, hielten Hitler-Ludendorff und Gömbös-Ehrhardt die Zeit zum Losschlagen für gekommen.

Da sowohl die ungarische Regierung wie der bayerische v. Kahr über die Zusammenarbeit von Hitler-Ludendorff und Gömbös-Ehrhardt vollkommen unterrichtet waren, und die Geheimverbände soweit wie möglich mit Waffen versehen, glaubten schließlich die Rechtsradikalen in Bayern und Ungarn, daß beide Regierungen das würden tun müssen, was die Rechtsradikalen befehlen. Aber Bethlen wollte sich von den Rechtsradikalen nicht ausnutzen lassen, sondern sie für seine Zwecke ausbeuten.

Über die Köpfe der Hitler-Deute und der ungarischen Rassenhüßler hatten sich nun inzwischen rege Beziehungen zwischen den bayerischen und den ungarischen Legiti-

Elegie auf Bismarck.

Everling in der „Kreuzzeitung“.

Die „Kreuzzeitung“ läßt heute von Herrn Everling in etwas wehmütigen Tönen Bismarck besingen, wobei, wie wir heute morgen richtig prophezeiten, natürlich sorgfältig verschwiegen wird, wie der Heros selbst über das edle Blatt geurteilt hat. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß der Artikel nicht wertvoll wäre. Wir sehen seinen Wert in dem folgenden Geständnis, das sich den schmerzlich geprechten Lippen des Verfassers entringt:

Heute haben zu viele sich mit der Revolution veröhnt und mit dem heutigen System ihren Frieden gemacht. Fast gänzlich fehlt jener Typus höflich ablehnender Unerschlichkeit. Fast gänzlich fehlt die Intonsignis, die keinerlei Aspirationen hat im heutigen System und keinerlei Konzeptionen macht an das heutige System. Fast gänzlich fehlt, wie das „verkehrte Stockpreuhenum“, für das sich Bismarck damals einsetzte, der verkehrte Konservatismus, der dem November keine moralische Amnestie gibt, der diesem System kein historisches Recht zubilligt und der auch in diesen Jahren, die ohne König sind, den politischen Kampf führt „im Namen des Königs als Soldat und deutscher Untertan seines angestammten Herrn“.

In diesem Ausnahmefall stimmen wir mit Herrn Everling überein. Mit dem Monarchismus steht es in Deutschland wirklich nur noch so so la. —

Die Gewährung von Staatsbankkrediten.

Richtlinien des Staatsministeriums.

Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, daß Kredite der preussischen Staatsbank nur solchen Unternehmungen gewährt werden, deren Verpflichtungen vom Freistaat Preußen oder vom Deutschen Reich garantiert sind. Ferner müssen Preußen oder das Deutsche Reich an den Unternehmungen, denen Kredit gewährt wird, mit Kapital beteiligt sein, und zwar sollen entweder Preußen oder das Reich den maßgebenden Einfluß auf das betreffende Unternehmen ausüben. Vorübergehend dürfen Rassenbestände bei ersten Banken angelegt werden.

Hitler- und Sinowjewleute.

Krawall in München.

München, 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Münchener Nationalsozialisten hielten am Mittwoch abend eine öffentliche Versammlung ab, in der der ehemalige von den Bolschewisten bereits dreimal zum Tode verurteilte Hochschulpflichter Dr. Gregor über die Lage in Rußland sprach. Die Kommunisten hatten durch Handzettel ihre Anhänger zum Massenbesuch aufgefordert. Der Redner, der sehr feurig gegen das bolschewistische Regime loszog, wurde während seines Vortrages mehrmals durch stürmische, anhaltende Zwischenrufe der Kommunisten am Weiterprechen verhindert. Schließlich entstand im Saal ein fürchterlicher Tumult. Nationalsozialisten und Kommunisten bewarfen einander mit Mäxkrügen und Stühlen. Erst nach dem Einschreiten der Polizei konnte die Ruhe wieder hergestellt und die Kommunisten aus dem Saal entfernt werden. Mit ihnen zogen auch die als Disziplinierungsorgan vorgemerkten Abgeordneten Buchmann und der Reichsbefehlshaber Freiberger ab. Siebzehn Personen, darunter ein Kriminalbeamter, wurden mehr oder weniger leicht verletzt. Die



müssen und den beiderseitigen Regierungen entwickelt. Nicht nur traf man sich wiederholt in Ungarn, u. a. in Sarvar, wo das bayerische Königshaus einen ausgedehnten Besitz hat, sondern es kamen auch ziemlich häufig bayerische Abgesandte nach Budapest, so der Chef der bayerischen Separatisten, Prof. Fuchs, der Kabinettschef Rupperts, Graf Soden und sein Vertrauensmann Dr. Bittinger. Zu den schon genannten ungarischen Verbindungsleuten kam Graf Paul Teleki.

Das große Endziel war, ja ist auch heute noch: die Sprengung der kleinen Entente und eine Schwächung, wenn nicht gar eine Sprengung des Völkerbundes. Als Folge davon aber eine Neugruppierung der europäischen Mächte, wobei die eine Gruppe unter Führung Italiens die mehr oder weniger faschistischen Mächte umfassen soll.

Die Sonderziele aber sind: Ein ungarischer Einfall in die Tschechoslowakei und ein gleichzeitiger deutscher Einfall in Polen. Natürlich sollen diese Einfälle von sogenannten „unverantwortlichen Elementen“, d. h. von den Banden der Geheimorganisationen, durchgeführt werden. Der ungarische Einfall sollte gegen die vermundbarste Seite der Tschechoslowakei gerichtet sein, nämlich gegen ihr allerstüchtes Gebiete Karpatenhorland. Während aber der Einfall in die Tschechoslowakei mit Wissen und Zustimmung Beihlens vorbereitet wurde und wird, haben Luther und Stresemann gewiß keine Kenntnis von diesen Plänen. Man phantasiert, daß wenn der Einfall in Polen einmal zur Tatsache geworden, die deutsche Reichsregierung dieser „patriotischen“ Unternehmung, nicht werde in den Rücken fallen können, sondern sie notgedrungen werde unterstützen müssen. Zu gleicher Zeit sollte dann auch die Proklamation der Monarchie in Bayern erfolgen.

Einen direkten Stich durch diese Rechnungen bedeutete natürlich der Abschluß des Locarno-Vertrages mit dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund.

Darum war es auch das Hauptbestreben aller dieser Verschwörer gegen die Ruhe und den Frieden Europas, wenigstens einen Aufschub für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu erreichen. Das ist gelungen, und nun wird es verständlich, warum Italien auf dem Wege über Spanien Brasilien ermunterte, Einspruch zu erheben.

Inzwischen wurde eine Vereinbarung zwischen Bratianu und Beihlen getroffen, wonach Beihlen die Ungarn in Siebenbürgen und den einstigen ungarischen Gebieten dazu veranlaßt hat, bei den rumänischen Gemeindevorständen für die Regierung zu stimmen. Bratianu versprach als Gegenleistung, Beihlen gegenüber Beneš in der Frankfurter unterstützen. Tatsächlich haben auch in ganz Rumänien die Ungarn — mit Ausnahme der Sozialisten und Radikalen — für die Regierung gestimmt und Bratianu hat nach Möglichkeit das Vorgehen der kleinen Entente gegen Beihlen abgestumpft.

Graf Teleki war im Januar d. J. in München und Berlin und hat dort nicht nur mit dem inzwischen verstorbenen Schulze verkehrt, sondern auch mit Graf Soden Beratungen gepflogen, sowie unter Zuziehung eines Herrn v. Unstruth mit Ludendorff. Kurz darauf kam Graf Soden in Begleitung Bittingers nach Budapest. Diese Beratungen galten hauptsächlich der Frage, wie die Frankfurter Forderungen in München zu verurteilen seien. Gleichzeitig wurden aber auch die politischen Beziehungen zur Sprache gebracht, und hierzu auch Gesandter v. Kanya aus Berlin nach Budapest beordert. Hier also sehen wir neben der „romantischen“ Verschwörerarbeit schon die „große Politik“ an der Arbeit. Es handelte sich neben der Vertuschung der Frankfurter Forderungen auch darum, die Verbindungen zu verschiedenen deutschen Persönlichkeiten neu zu gestalten. Bis zu seiner Verhaftung war der Hauptvermittler zu Ludendorff und Seeckt der Prinz Windischgrätz gewesen. Nun galt es, einen neuen Mann zu gewinnen, was um so schwieriger war, weil seit dem Austausch der Frankfurter General v. Seeckt äußerst verschlossen war, zumal gegenüber allen

Ungarn. Ferner mußte man auch den Grafen Teleki festlegen, der als weiterer Vermittler unmöglich geworden ist.

Bis es wieder möglich sein wird, ständige ungarische Vermittler zu benützen, bleibt die Vermittlung wichtigerer Angelegenheiten in den Händen des Herrn v. Kanya, dessen Aufenthalt in Berlin als ungarischer Gesandter allerdings nicht mehr zu lange währen dürfte, da, wenn einmal die Daten der französischen Unternehmung in Sachen der Frankfurter Forderung aus Tageslicht kommen, dies nicht nur für Herrn v. Kanya, sondern auch für andere ungarische Größen höchst unangenehm sein wird.

## Demokratie und Kommunismus.

### Die prinzipielle Kapitulation.

In seiner Festsrede auf Wilhelm Liebknecht hat Genosse Stampfer den Ruf der Kommunisten nach dem Volksentscheid „eine prinzipielle Kapitulation, eine Waffenstreckung vor den Grundgesetzen der sozialdemokratischen Politik“ genannt. Da die Kommunisten jetzt selbst nicht mehr an die Gewalt, sondern an das Urteil des Volks im Sinne der Verfassung von Weimar appellierten, sei der Streit darüber, auf welche Weise das Proletariat die politische Macht erobern solle, praktisch erledigt, und es bleibe nur noch das Problem, wie man mit den Mitteln der Demokratie den Sieg des Sozialismus herbeiführen könne.

Zu diesen Gedankengängen äußert sich jetzt die „Rote Fahne“. Sie kann natürlich die Wahrheit nicht ohne weiteres zugeben, darum versucht sie es mit folgenden Ausreden:

Um was handelt es sich in Wahrheit? Es gehört zum ABC des sozialistischen Kampfes, zur Verbesserung der Position der Arbeiter alle dazu geeigneten Mittel, darunter auch die der Demokratie, anzuwenden. Das haben wir Kommunisten, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, auch beim Volksbegehren gegen die Fürsten getan und werden es weiter im Kampf um die Verwirklichung des Volksentscheids tun. . . .

Doch im Unterschied von Stampfer, der in der Demokratie das Allheilmittel sieht, sie klassenmäßig nicht begreift und der darum zur Arbeitsgemeinschaft, zur Koalitionspolitik, zur Abstumpfung aller Klassengegenstände in der Demokratie, statt zu ihrer Verschärfung auch mittels der Demokratie mit dem Ziele ihrer Aufhebung durch die Diktatur des Proletariats kommt, haben wir Kommunisten den Arbeitern gerade beim Volksbegehren und beim Volksentscheid gegen die Fürsten die Grenzen der Stampfer-Demokratie aufzuzeigen.

Sind sie nicht handgreiflich, diese Grenzen? Sind es nicht Grenzen der Demokratie, wenn in den großräumigen Bezirken ungehindert der Terror wüten konnte, sind es nicht Grenzen der Demokratie, wenn heute das regierende Zentrum, mit der Stampfer-Partei in einem Reichsbanner vereinigt, Vorschläge macht, um den Volksentscheid nicht nur zum Scheitern zu bringen, sondern zu verhindern trotz der 12,5 Millionen Stimmen, die sich für ihn ausgesprochen haben. Glaubt Stampfer im Ernst, daß wenn . . . der Volksentscheid siegt, daß damit schon die Fürsten entzweit sind? Oder ist er wirklich der stolzen Auffassung, daß nicht noch die schärfsten außerparlamentarischen Kämpfe, in denen die Arbeiterklasse alle ihre Macht einsetzen muß, durchgeführt werden müssen, bis die Entzweiung Wirklichkeit wird?

Um diese Grenzen der Demokratie, darum, die der Arbeiterschaft begreiflich zu machen, damit sie bezwecken um den Volksentscheid auch den Kampf um seine Verwirklichung organisieren kann, handelt es sich.

Man wird in diesen Ausführungen auch beim besten Willen nicht die Spur einer Widerlegung finden können. Denn der Terror auf dem Lande ist nichts Demokratisches, sondern etwas höchst Antidemokratisches, und der Kampf gegen ihn ist ein Kampf nicht gegen die Demokratie, sondern für die Demokratie. Und daß dieser Kampf für die Demokratie nicht aussichtslos ist, haben die 12 1/2 Millionen öffentlich für das Volksbegehren abgegebenen Stimmen gezeigt.

Versuche, den Volksentscheid oder die Ausführung eines durch ihn zustande gekommenen Gesetzes zu verhindern

und in seinem Künstlerbewußtsein getrübt wurde, hat schon längst sein Herz an Miese verlehrt. Miese und Herr Lindigkeit wissen wohl, was es bedeutet, wenn es brennt. Vorhang und Schluß.

Anders, sind wiederum nichts Demokratisches, sondern etwas sehr Antidemokratisches, und der Kampf gegen sie ist ein Kampf nicht gegen die Demokratie, sondern für die Demokratie und für die Anwendung der Verfassung von Weimar.

Die Sozialdemokratie will die Verfassung schützen, ihre Anwendung sichern und Vorteile für die Arbeiter herausheben, indem sie von Fall zu Fall Koalitionen mit der bürgerlichen Mitte schließt, während die KPD, die die Deutschen in den Kampf gegen jede Regierung, die von der Sozialdemokratie irgendwie beeinflusst ist, unterstützt. Wir meinen, daß die KPD damit nur den Feinden der Arbeiterbewegung nützt — sie selber ist anderer Meinung. Aber mit der Frage der Demokratie hat dieser Streit nicht das mindeste zu tun. Denn man kann Gegner der Koalitionspolitik und dabei doch grundsätzlich ein demokratischer Sozialist, ein Sozialdemokrat sein.

Es bleibt das Zugeständnis, daß zur Verbesserung der Lage der Arbeiter „alle dazu geeigneten Mittel, auch die der Demokratie“, anzuwenden sind. Also liefert die Demokratie geeignete Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter. Wer das anerkennt, der muß darauf verzichten, die Demokratie gewaltsam zerstören zu wollen.

Es gibt neben der Demokratie Mittel zur Verbesserung, die mit ihr wohl vereinbar sind: das sind die Gewerkschaften und die Gewerkschaften. Aber es ist ein Verbrechen, den Arbeitern zu sagen, daß die demokratische Verfassung für sie etwas Gleichgültiges wäre oder gar etwas Feindliches, das sie mit Gewalt zerbrechen müßten.

Das haben die Kommunisten jahrelang landauf, landein gepredigt. Wenn heute die „Rote Fahne“ das nicht mehr wahr haben will, sondern in der Demokratie geeignete Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiter erkennt, so erkennt sie das als richtig an, was wir jahrelang gegen sie vertreten haben und wofür wir von ihr aufs wahnsinnigste beschimpft wurden.

Das eben war es, was Stampfer die prinzipielle Kapitulation der Kommunisten genannt hat. Diese prinzipielle Kapitulation wird durch die Ausführungen der „Roten Fahne“ nur noch vollständiger gemacht.

## Reichsrat und Finanzausgleich.

### Ausgleichsgesetz und „Mummfonds“ beantragt.

Der Reichsrat hat am Mittwoch gegen den vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über Verringerung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Länder und Gemeinden Einspruch erhoben. Der Gesetzentwurf geht auf die Initiative der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zurück. Es handelt sich dabei nur um die Frage, wie Hypotheken auf Wohnungsgrundstücke, die mit öffentlichen Zuschüssen gebaut worden sind, aufgewertet werden. Im Widerspruch mit dem Reichsgesetz hat nämlich Württemberg die Aufwertung zu hoch festgesetzt. Mit der Regelung des allgemeinen Finanzausgleichs hat dieser Gesetzentwurf nichts zu tun.

Der Reichsrat hat ferner den Etat für 1926 nach den Beschlüssen des Reichstags gutgeheißen, dabei aber gegen die Einfügung des sogenannten „Mumm-Fonds“ Einspruch erhoben. Dieser „Mumm-Fonds“ sollte im Betrage von einer Million zur Verteilung an die Zentralinstanzen der evangelischen und katholischen Kirche und der jüdischen Religionsgemeinschaften gelangen. Die letztere hatte man augenscheinlich nur hineingenommen, um den Schein der „Parität“ zu wahren! Der Einspruch des Reichsrats gegen diese Art Verwendung von Reichsgeldern erfolgte mit 29 gegen 29 Stimmen. Dabei waren die Stimmen Preußens und Bayerns, während ein größerer Teil der preussischen Provinzvertreter — Deutschnationalen und Zentrumsteile — gegen die Stimmen der Regierung abgegeben wurde. Die Regierungen, die sich gegen die Hergabe von Reichsmitteln an Kirchengemeinschaften wandten, gingen von dem Standpunkt aus, daß es nicht Sache des Reiches, sondern bestenfalls Sache der Länder sei, kirchliche Einrichtungen zu unterstützen.

## Narzissen.

Von Josef Maria Frank.

Sonne, glänzende, warme Sonne sirt über den Asphalt. In den Zeitungen steht, daß Frühling ist. Die Mädchen tragen hellere Kleider und haben sich rosige Farben aufgelegt; ein alter Herr stolziert schmunzelnd ohne Hut, und im nackten Baum über dem Bürgersteig schlägt ein Fink seinen ersten Doppelschlag in Autogehup, Fahrradklingeln, Zeitungschrei, Omnibusrattern und behördliche Verkehrsregelung. Goldglänzend wie die Sonnenstufen leuchten vom Straßenrand Narzissen, in Drahtgestellen aufgereiht in Blumenständen, aus denen es schnattert: „Die ersten Frühlingsgrieche — der Bund fünf Troschen!“ Und die Mädchen Augen verbleibt zu den gelben Narzissen und träumen von Frühling, Wonne, Liebe und Sommer. . . Es ist Frühling!

Wertwärtig! Man stutzt, stößt sich an, lächelt diskret und laut. An der Autobushaltestelle steht eine frühlingswarme, bunte Verkehrsstockung, ein entzückendes Rädel! Mitten in einem Sonnenstufen, goldig umhüllt: in zarten, beigefarbenen Schuhen, in sandgrauen Seidenstrümpfen, im zartilla Strickmantel, darüber ein rosiges Köpfchen mit blondem Bubibaar. Das Rädel wartet, in die Frühlingssonne schnuppernd, den Hut in der Hand, auf ihren Autobus. Und vor ihr steht — ein Kontrast, der den Verkehr stoden läßt: eine mertwürdige Gestalt, ein Großstadtstrome in zerfetztem Rock, mit geschwürztem Papiertragen ohne Krawatte, mit zusammengebandenen Hosen, mit offener, vorsintflutlichen Lebensmittelfeln, mit einer stachen Schnapsflasche in der rechten Rocktasche; steht da, angegrauter Bartstoppeln im müden, stauenden Gesicht, und lächelt das Rädel an, als sei es ein Märchen aus 1001 Nacht! Das Rädel wird schon verlegen; immer mehr Passanten bleiben stehen. Da plötzlich gibt sich der Stromer einen Aufschrei, über sein müdes Gesicht huscht ein sonniger Schimmer; er zieht mit einer Hidsalgeberbeugung seinen verstaubten, schabigen Hut und — wendet sich an die Passanten, ein Wurm aus den lächelnden, hettelnden Lippen sprudelnd. Die Webersumpfung war zu plötzlich — er hat Erfolg, und bevor man nicht, hat er schon seine fünfzig Pfennig zusammen. Und nun kommt das Ueberraschende — er springt zu einem Blumenstand, drückt der erstaunten Blumenfrau sein Geld in die Hand und nimmt sich einen Narzissenstrauß, einen gelbleuchtenden, und — eilt zurück zu dem Rädel. Der Stromer will ihr mit einer hilflos schüchternen Verbeugung, stehendes Rädeln im Gesicht, die Narzissen in die Hand drücken, unsagbar rührend und unfogbar komisch. — So erschütternd komisch, daß rings eine laute Lache aufschlag, daß das kleine, entzückende Rädel hilflos da und nach ihrem Autobus auslief, daß schließlich selbst der Schupmann herbeilief. Er überblickte die Situation — rauh podte er den Stromer am Krage, verbat ihm die Befästigung einer fremden Dame und drohte mit „Wache“. Da rollte ein Autobus heran;

das Rädel sprang — jetzt schien es nicht mehr so rosig und lieb — eiligt auf, und da fielen dem Stromer die Narzissen aus der Hand und saßen sein verwitterter Körper zusammen zu einem hilflosen Klumpen, den ein plötzliches Jittern durchzuckte. Drüben brüllte der Verkehr und tief den Schupmann — er ließ den Stromer los und schrie ihm zu, sich seiner Wege zu trollen. Der Stromer, vor dem zertreten und schmutzig die Narzissen auf dem Bürgersteig lagen, blickte schon auf, ein armes Bäcklein im wüsten Gesicht, sah sich um, blickte zu den Narzissen, ließ sie liegen und — schwante davon. . . Ein armer Karr war am Frühling irre geworden!

## Die Miese von Pankow am Kurfürstendamm.

Abgestorben ist Georg Hirschfelds Komödie „Miese und Maria“ (Theater am Kurfürstendamm), obwohl Otto Brahm, Urautor und Prophet des Naturalismus, das heute belnahe ein Vierteljahrhundert alte Stück sehr liebt. Aber heute verliert doch das meiste von dieser Theaterjugend, die einmala stark blendete. Entsetzlich zu sagen, daß zwischen den ehemaligen Matadoren des Naturalismus und der Courts-Mahler von heute kein allzu großer Unterschied zu spüren ist. Weder in der Gesinnung noch in der Form.

Sprechen wir zunächst von der Form. Die Komödie schlottert förmlich vor Auszehrung, soweit der sjenische Einfall in Betracht kommt. Die Kontraste wirken kindlich. Drei Akte in der Loguvilla des Dr. Wendelin Weisach, der heute ein Snob genannt wird. Der Name soll Symbol sein. Der Snob stillt sein Haus bald im Gotik, bald im griechischen Stil. Kommt Sebille, die Frau des Snobs, so leuchtet ein rotes Licht auf. Weibet sich Adels, das Hasenmädchen, so leuchtet es grünlich. Solche Zeichen sind die Charakterisierungskünste des Dramatikers. Der letzte Akt, der in Pankow die Bombe zum Wahren bringt, spielt in der Arbeiterwohnung, wo sieben Jöhren proletarisch gröhlen. Die älteste von den Kindern heißt Miese. Als Miese in die Snobvilla einzieht, wird sie Maria umgetauft. Wiederum die so äußerlich plätschernde Charakterisierungsmethode. Wendelin hat einmal der nachherigen Frau Berta Hempel den Hof gemacht. Miese blieb übrig aus diesen Beziehungen. Darum ging Berta schließlich zum Tischlermeister Hempel, der sie auch heiratete und der kleinen Miese noch sechs andere Spröcklinge nachfolgen ließ. Kein Wunder, daß bei Hempels in Pankow Schmohans häufiger Gast ist. Frau Hempel weiß sich keinen anderen Rat, als daß sie Miese zu Wendelin hinausdrückt. Nun will Wendelin die Miese zur Maria erlösen. Die Sache geht nicht, obwohl Wendelins Ehegattin, aus beiter Patreersfamilie, sich auch noch einmüht, und dazu noch der Wüstleber und der Lehrer in Französisch und der Doktor, der eine Kapazität auf dem Gebiet der Kinderpsychologie ist. Und so weiter. Kurz, Miese kneift aus der Villa aus, wieder zurück nach Pankow. Der Snob und sein Freund, der Graf, hinter Miese her. Miesentadon und Abrechnung mit der dicken Frau Berta Hempel und ihrem Tischlermeister. Miese wird nicht Maria und bleibt bei Hempels. So'ort büßt sie sich, um Feuer im Ofen zu machen. Erst geht es nicht, dann jubelt sie auf: „Es brennt!“ Das ist wieder symbolisch gemeint. Denn Herr Lindigkeit, der bei dem Snob als Sekretär geschunden

und in seinem Künstlerbewußtsein getrübt wurde, hat schon längst sein Herz an Miese verlehrt. Miese und Herr Lindigkeit wissen wohl, was es bedeutet, wenn es brennt. Vorhang und Schluß.

Ah, diese Verleumdung der Dinge geht höchst primitiv vor sich. Der Dramatiker glaubt sogar, er sei sabelhaft gesinnungstüchtig, weil er die Proletarier gegen die Snobs siegen läßt. Aber die Proletarier werden ihres Bundesgenossen nicht recht froh, weil er sie doch so schief sieht. Es geht sowohl bei den noblen Deuten wie bei den anderen gar nicht so geschwollen oder dreig zu, wie der Dramatiker sich das ausmalte. Der Formmangel wird bei ihm zum Gesinnungsmangel, und die schwache Gesinnung verschuldet wiederum die mißgeborene Form.

Kurz, die Ausgrabung verschaffte nur dem Geschichtsforscher, aber nicht dem lebendigen Theater einen Nutzen. Trotzdem werde festgestellt, daß die Miese durch die Virtuosität der Frau Blandine Ebinger gerettet wurde. Man erinnert sich der Kabarettfängerin: „Und dann wack! ist mit de Beene“, ein rührendes Kabarettmädchen, deßtig, Jülein, zum Totschlag und gleichzeitig wirklich am Bewissen des Snobs herumzertend. Blandine Ebinger sieht so etwas famos. Nun soll sie die Pointen im Stücke bringen. Sie ist besser auf dem Brett als auf dem selben Bühnendrett. Mag Hochdorf.

Die Magdeburger Theaterausstellung verschoben? Wie die „Magdeburger Tageszeitung“ erfahren haben will, ist die Deutsche Theaterausstellung Magdeburg auf das Jahr 1927 verschoben worden, weil es sich im Laufe der letzten Wochen herausgestellt hat, daß die baulichen Veränderungen der Ausstellungshallen bis zum Beginn der Ausstellung nicht mehr im Sinne des Gesamtplanes fertiggestellt werden können. Die Geschäftsstelle der Theaterausstellung erklärt jedoch, daß endgültige Beschlüsse von den zuständigen Stellen noch nicht gefaßt sind. Wichtig ist, daß die künstlerische Fertigstellung der Innenräume bis zum 30. Juni abgeschlossen erscheint. Die Ausstellungsgesellschaft prüft jedoch, ab die künstlerische Gestaltung bei einer Verschiebung um sechs bis acht Wochen sich ermöglichen läßt.

Verkauf englischer Strafanstalten. Im Laufe der letzten zwanzig Jahre konnten in England infolge der abnehmenden Kriminalität einige Strafanstalten geschlossen werden, und da seit dem Weltkrieg die Strahlungsstellen leer und leerer zu stehen begannen und die Umwandlung der Strafanstalten in Anstalten für Obdachlose infolge der geringen britischen Obdachlosigkeit auch nicht mehr notwendig ist, werden jetzt in England nach einer Meldung der „Times“ vier Strafanstalten zum öffentlichen Verkauf angeboten, ohne daß sich bisher ein Käufer gemeldet hätte. Wie sehr die englische Kriminalität abnimmt, sollen nachstehende Zahlen dartun: während im Jahre 1914 in England nach 21.560 Menschen wegen schwerer Verbrechen bestraft wurden, waren es im Jahre 1925 nur 13.841. Die Zahl der wegen geringer Verbrechen bestritten betrug im Jahre 1914 92.149 Personen, im vergangenen Jahre wurden bloß 29.052 Menschen aus diesem Grunde bestraft.

„Dusel Moes“ auf der Bühne. Am Ballhoftheater wird nach in der ersten Aprilhälfte eine Dramatisierung des „Dusel Moes“ von Schalom W. herausgebracht werden mit Direktor Max Sami in der Leitung.



## Sehnsucht nach Ministerposten. Die Volkspartei in Preußen.

Der „Pressedienst der Deutschen Volkspartei“ bespricht in großer Aufmachung die angebliche „Preußenkrise“, macht der preußischen Regierung den Vorwurf, daß sie die Mühle zwar klappern lasse, aber kein Mehl produziere, daß sie, obwohl sie Regierung sei, es an Regie fehlen lasse und was derartige Scherz mehr sind. Von den letzten Abstimmungen, bei denen wieder einmal Volksparteiler mit Deutschnationalen und Kommunisten (trotz Etki-Befehls) gegen die Regierung zusammengingen, sagt das offizielle Organ der Stresemann-Partei:

So bedeuten diese Abstimmungen ein Fanal. Die Deutsche Volkspartei hat verschiedene Wege zur Gesundung gewiesen. Sie sind heute noch gangbar. Die Erfahrungen dieses Jahres haben gezeigt, daß der Weimarer Weg vom Ziele nur abführte. Werden wir endlich klug?

Daß die Volkspartei endlich klug werde, wagen wir zu bezweifeln. Die Wege, die „heute noch gangbar“ sein sollen, hat die Volkspartei in Preußen selbst erschüttert. Sie hat die ohne große Reibungen arbeitende Große Koalition demontiert, um mit ihren deutschnationalen Herzensfreunden zusammen zu sein. Jetzt soll man sie bloß nicht in den vollen Genuß dieser Liebesese stören, selbst wenn sie den „Weg, der heute noch gangbar“ sein soll, nämlich den in die Regierung, von Herzen gern wieder beschreiten möchte. In Preußen „klopert die Mühle“ nicht nur, sie arbeitet viel besser als im Reich, wo eine Minderheitsregierung mit Stresemann von dem Verhalten der Sozialdemokratie abhängig ist. Bevor die Volkspartei wieder in die preußische Regierung berufen wird, sollte man erst die Wähler befragen, ob sie von dieser preußisch-deutschen „Volkspartei“ noch etwas wissen wollen!

## Tirpich' Spiel mit Reich und Krone. Eine vergebliche Warnung.

Als im Jahre 1912 die Flottenpolitik des Reichsmarineamtes Deutschland in eine künstliche Erregung versetzt hatte und die außenpolitischen Folgen der Flottenhege und der Ankündigung einer neuen Flottenverträge wurden, verfaßte der Londoner Botschafter Graf Paul Reiterich eine warnende Denkschrift an den Reichskanzler. Sie war in die Form einer eigenen Ausarbeitung des Kanzlers gefaßt. Sie wird erst jetzt dadurch bekannt, daß ihr Verfasser sie in den „Europäischen Gesprächen“ veröffentlicht.

Die Schlussfolgerungen der Reiterich'schen Denkschrift vom 10. Januar 1912 zeigen, wie der Kanzler mit aller Klarheit vor den katastrophalen Folgen der Flottenverträge gewarnt wurde:

Eine Flottenpolitik, die über den Rahmen des Flottengesetzes hinausgeht, treibt nach meiner Überzeugung zum Kriege. Es ist möglich, daß wir Sieger bleiben. Es ist wahrscheinlich, daß uns nicht die Zeit gefaßt wird, unsere Rüstung zu vollenden. Die Odds sind dann gegen uns. Der Einsatz ist die Existenz des Reiches und damit Eurer Kaiserthron und Krone. Wo ist der Siegespreis, wo das Ziel, die dieses Einsatzes wert wären? Ich vermag sie nicht zu erwidern. Wo wohnt ein Sizilien oder eine karthagische Küste, wenn wir das moderne Karthago zum Kampfe herausfordern? Wo liegt für uns die Notwendigkeit, den Gegenstand zu England künstlich zu verschärfen, wenn wir doch nicht sein Erbteil antreten können? Wir sehen alles aufs Spiel, ohne zu wissen, was wir gewinnen wollen oder können. Unser Flottengesetz schafft eine Flotte, die Küstung gebietet und uns Küstung verschafft. Darüber hinaus schaffen wir uns eine Gefahr ohne entsprechenden Gewinn, denn wir haben weder ein Weltreich zusammenzuhalten noch zu verteidigen. Auch können wir es nicht mehr gründen, ohne die Welt in die Schranken zu rufen.

Die Denkschrift schließt mit einer verhüllten Drohung mit dem Rücktritt, wenn die Vorlage eingebracht werden sollte. Bethmann hat nicht die Entschlußkraft und die Einsicht besessen, die Denkschrift dem Kaiser vorzulegen. Im März 1912 wurde die Flottenvorlage vorgelegt, im Mai vom Reichstag angenommen. Die Beziehungen mit England waren unheilbar vergiftet.

## Geldgeber des Hindenburgblocks. Die Großindustrie allen voran!

Am 1. April. (Eigener Drahtbericht.) Unser Kölner Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, veröffentlicht in ihrer Donnerstagsnummer eine aufsehenerregende Zusammenstellung von Namen Kölner Großindustrieller und Großfirmen, die auf einer Sammelliste der Deutschnationalen große Summen auf das Konto Reichsblock zeichneten. Bei der Reichspräsidentenwahl haben die im Reichsblock vereinigten Parteien über große Geldmittel verfügt, deren Ursprung damals zwar nicht zweifelhaft, aber nicht nachweisbar war.

Die Veröffentlichung der „Rheinischen Zeitung“ zeigt jetzt, daß ganz außerordentlich hohe Summen ausschließlich aus Unternehmerkreisen stammen. Die gesamte Kölner Großindustrie hat sich an dieser Sammlung beteiligt. Besonders bemerkenswert ist, daß auch der Verlag der „Rheinischen Zeitung“ mit einem Betrage von 3000 Mark in der Sammelliste aufgeführt wird. Auch die Liste der Ausgaben, die sich ebenfalls in den Händen unseres Kölner Parteiblattes befindet, ist recht interessant. Aus ihr geht hervor, daß von den zusammengeschlossenen Unternehmern nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch die Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten profitiert haben.

Diese Schnorrliste erbringt damit aufs neue den Beweis, wie aus der Arbeit der Arbeiter und Angestellten die Mittel gewonnen werden, um über die Politik die Interessen der Unternehmer durchzusetzen. Die Parteien aber, die so aus den Unternehmern gespeist werden, veranfaßten zu gleicher Zeit die Bar-mat-Hege, unter dem Vorgeben, Bar-mat hätte die Sozialdemokratie „finanziert“!

## Anhaltende Hausse an der Börse.

Die Börse war heute wieder sehr fest bei lebhaftem Geschäft. Gewinnrealisationen seitens Hollands blieben auf die Börse ohne Eindruck, nur am Montanmarkt waren die ersten Kurse weniger fest. Es zeigt sich weiter Ansturm in der Provinz und des Privatpublikums. An der Börse glaubt man, daß die günstige Lage des Geldmarktes die Reichsbank noch zu weiterer Diskontomäßigung veranlassen wird. Am Montanmarkt war die Lage recht fest. Schiffahrtswerte waren auf Grund der Freigabe des amerikanischen Vermögens 1 bis 1½ Proz. fester. Alte Handelswerte konnten ¼ Proz. gewinnen, Goldpandbriefe lagen fest. Farbwerke sowie Elektrizitätsaktien gewannen durchschnittlich 2 Proz. Auch Rohwerte waren durchschnittlich um 1 Proz. höher. Desgleichen konnten die Banken im Durchschnitt eine Steigerung von 1 Proz. erreichen. Auch Notizenwerte, wie Devisen, Hanfa usw. gewannen im Durchschnitt 3 Proz.

## „Ein unübersteigbares Hindernis.“

Ist es ein Unrecht gegen die unter kirchlichem Einfluß stehende Wohlfahrtspflege, ihr mit Vertrauen zu begegnen? Daß auch sie ihren Wert hat, wird gewiß kein Berufstätiger bestreiten. Aber den Geist der Unbuddsamkeit, der sie beherrscht, lehnen wir ab. Eine Probe davon hat man einem jungen Mädchen gegeben, das den Diakonissenberuf ergriffen und in einem Stiftenkrankenhaus sich zur Krankenschwester ausbilden wollte.

Bei dem in Berlin-Nord an der Bernauer Straße gelegenen Lazarus-Krankenhaus, das durch „fromme Stiftung“ entstanden ist und in „christlichem Geist“ geleitet wird, hat ein Fräulein K., zu dem Lehrgang für Krankenschwestern zugelassen zu werden. Sie erhielt den Befehl, daß sie neben anderen Papieren auch ein Zeugnis einreichen müsse, aber ein Zeugnis von dem zuständigen Pfarrer. Der Pfarrer Wielandt von der Luther-Gemeinde, zu der sie gehört, schrieb ihr folgendes Zeugnis:

Der Unterzeichnete ist der Meinung, daß Frä. K. sehr wohl geeignet sein mag, unter Gottes segnender und führender, vertiefender Leitung zu einer tüchtigen Diakonistin heranzuwachsen. Als Vorstand und oftmals Leiter der Abende uneres Jungmädchenvereins der Luther-Gemeinde hatte ich durchaus Gelegenheit, mir in dieser Richtung ein Urteil zu bilden. Ich möchte glauben, daß Frä. K. in beträchtlichem Maße die natürlichen Charaktereigenschaften mitbringt, die zum Schwesterberuf besonders geeignet machen, und möchte auch von ihrer Herzensstellung mich zu dem gleichen guten Eindruck bekennen. Ich betone dabei, daß sie sich noch erheblich festigen und vertiefen muß, da sie noch keinen festen, durchgebildeten Charakter hat; aber man darf wohl die Hoffnung auf eine Entwicklung in dieser Richtung haben. Eingezeichnet hat sie Herr Pfarrer Müller, doch scheint Frä. K. damals noch nicht innerlich sehr entwickelt gewesen zu sein. Ob die sonstigen Erfordernisse zutreffen, vermag ich nicht zu beurteilen. Wie ich höre, ist sie unehelicher Geburt. Vielleicht ist das freilich ein unübersteigbares Hindernis.

Pfarrer Dr. A. Wielandt.

Wer Krankenpflege kennt, der weiß, welche „natürlichen Charaktereigenschaften“ eine Krankenschwester haben muß, um für diesen schweren Beruf geeignet zu sein. Besonders die Krankenpflege in Anstalten erfordert eine selbstlos sich hingebende Opferfreudigkeit, die durch seine Ungebild und seinen Unstand eines verdrossenen Kranken sich beirren läßt. Offensichtlich hat Frä. K. diese fürsorgerische Anlage, mit der sie dem wahren Christentum sehr viel näher steht, als andere mit ihrem Sippenbekenntnis. Pfarrer Wielandt hat der Bewerberin das ehrenvolle Zeugnis ausgestellt. Aber er glaubte hinzuzufügen zu müssen: „Wie ich höre, ist sie unehelicher Geburt. Vielleicht ist das freilich ein unübersteigbares Hindernis.“ Wirkt dieser Zusatz nicht wie ein Fausthieb? Wir meinen, daß man in neuerer Zeit gelernt habe, über uneheliche Mütter duldsamer zu denken. Doch die Hüter kirchlich abgestempelter Sittlichkeit bleiben die Unentwegten, die nichts lernen wollen und noch wie vor über „gefallene Mädchen“ stillos entrüstet ihr Verdammungs-urteil sprechen. Sie lehnen sogar das Kind einer „Gefallenen“ ab, wenn es, herangewachsen, christliche Krankenpflege üben will! Im voraus sorgte sich der Pfarrer, daß die uneheliche Abkunft „vielleicht ein unübersteigbares Hindernis“ sein werde. Ist das seine eigene Meinung über das junge Mädchen, das er sonst doch als tüchtig kennt? Oder spricht aus seinen Worten ein Bedauern und sagt er das nur aus seiner Kenntnis der Grundsätze, die für die Zulassung zum Diakonissenberuf gelten?

Die Beurteilung solcher Grundzüge soll denen überlassen sein, die vom Geist wahrheit christlicher Duldsamkeit erfüllt sind. Jesus trat für die verfolgte Ehebrecherin ein und sprach über sie das schützende Wort: „Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!“ Wer wird nicht ergriffen von der ersten und tiefen Sittlichkeit dieses unergänzlichen Wortes?

Uns bleibt nur noch übrig, festzustellen, daß Frä. K., die unehelich geborene Bewerberin, die sich dem Diakonissenberuf widmen und sich zur Krankenschwester ausbilden wollte, mit ihrem Antrag abgewiesen wurde.

## Die Berliner Sonntagsrückfahrkarten.

Sonntagrückfahrkarten zu ermäßigten Preisen werden von den nachstehend aufgeführten Bahnhöfen nach den folgenden Stationen ausgegeben:

Stettiner Bahnhof: Biesenthal (1,70—1,30), Chorin oder Falkenberg in der Mark (3,20—2,40), Chorinchen oder Riederow (3,00 bis 2,30), Dülzerförde (4,90—3,60), Eberswalde (2,40—1,90), Fichtenberg (1,70—1,30), Fürstenberg i. Neuland (4,30—3,30), Gransee (3,00—2,30), Freienwalde über Eberswalde (3,60—2,70), Hohenhausen über Fürstenberg oder Templin (5,40—3,90), Joachimsthal (3,70—2,70), Windmühle in der Mark (4,30—3,10), Löwenberg (2,40—1,80), Reichow (1,80—1,40), Rosenthal (1,90—1,40), Neubrandenburg (5,20—3,80), Neuruppin über Kremmen (4,50 bis 3,30), Reutheitz (5,80—4,20), Rheinsberg über Löwenberg (5,80—4,00), Stettin (8,30—5,80), Werbellinsee (3,00—2,70), Zehdenick oder Gransee über Löwenberg (3,10—2,40).

Görlitzer Bahnhof: Beestow über Königsmusterhausen (4,30—3,20), Brand (3,20—2,30), Groß-Beslen (1,70—1,40), Hölze (2,60—2,10), Hubertushöhe (2,80—2,30), Lübben (4,20—3,10), Lübbenua (4,90—3,60), Scharnhöfsee über Königsmusterhausen (3,00—2,40), Stordow (2,50—2,00), Teupitz bzw. Groß-Köris (2,20—1,80), Weiskow über Lübben (3,70—4,10).

Schlesischer Bahnhof: Budow (Märkische Schweiz) (3,20—2,70), Buchmühle über Frankfurt a. d. Oder (4,80—4,00), Dahmsdorf-Müncheberg (2,70—2,10), Leuenberg (2,80—1,90), Rehfelde (1,80 bis 1,30), Tiefensee (2,40—1,60), Bernauhen (2,00—1,30), Belgig (3,90—3,20), Biesenburg (4,70—3,70). Dieselben Orte können auch mit Karten über die Stadtbahn erreicht werden. Die Karten kosten dann etwa 30—40 Pfennig mehr.

Potsdamer Bahnhof: Brandenburg a. d. Havel (3,20—2,60), Caputh-Geltow über Wildpark (1,80—1,30), Fersch-Plenewitz über Wildpark (2,10—1,60), Groß-Köris (2,40—1,90), Blankenburg im Harz (13,80—10,10), Bernigerode (14,00—9,80).

Anhalter Bahnhof: Trebbin (2,40—1,60), Luckenwalde (3,40 bis 2,20), Jüterbog (4,20—2,80).

Diese Angaben erfolgen auf Grund der Angaben der Reichsbahndirektion Berlin. Die Besorgung des Stettiner Bahnhofs ist augenblicklich. Vom Seehzer Bahnhof und auf der Posener bzw. Dresdener Strecke werden überhaupt keine Karten ausgelegt. Die in Klammern angeführten Fahrpreise gelten für die 3. und für die 4. Wagenklasse. Auf der Hin- und auf der Rückfahrt ist je einmal Fahrunterbrechung gestattet. Die Rückfahrt muß auf der Zielstation spätestens am Rückfahrabend angetreten werden. Mit dem am Gründonnerstagabend oder am Charfreitag gelassenen Sonntagsrückfahrkarten kann man diesmal auch bis Ostermontag oder Ostermontag bleiben.

## Gilfe für die Pelzindustrie.

Im Hinblick auf die arg unterdrückte Pelzindustrie und die Arbeitslosigkeit der Kürschner — kurzzeit beträgt die Zahl der in der Pelzindustrie Beschäftigten etwa 50 000 bis 60 000 — soll in der Weise Rat geschaffen werden, daß billiges einheimisches Tiermaterial gezüchtet und so der großen Weltangelegenheit geboten wird, Pelzwerk zu erwerben und ihre Anfertigung sogar selbst vorzunehmen. Es handelt sich um die Zucht und Einföhrung des sogenannten belgischen Riesenkaninchens, das eine Länge von etwa ¼ Metern und ein Gewicht von etwa 1½ bis 18 Pfund besitzt. Das Tier besitzt ein prächtiges Fellwerk, außerdem zeichnet sich das Fleisch durch große Schmelzhaftigkeit und leichte Verdaulichkeit aus. Eine Ausstellung der verarbeiteten Teile

zu Mänteln, Hüten usw. findet in den Räumen des Belgischen Riesen-Klubs, Berlin, Friesenstr. 13, Restaurant zur Fichte-Krause, in der Zeit vom 2. bis 5. April statt, wo auch Gelegenheit zur Erwerbung von Jung- und Zuchttieren gegeben ist. Ueber die Selbstherstellung von Pelzwert und Einrichtung von Kürschner geben die anwesenden Mitglieder gerne Auskunft. Es scheint kein schlechter Gedanke, weitere Kreise in die Lage zu versetzen, gutes, billiges Pelzwerk zu erwerben, denn der Pelz ist nicht bloß ein Luxusgegenstand — wozu ihn allerdings die bisherigen hohen Preise gestempelt haben —, sondern ein Kleidungs- und praktisches Kleidungsstück.

## Großer Dachstuhlbrand.

In der letzten Nacht gegen 2½ Uhr stand der Dachstuhl einer großen Rietstallerne in der Hermannstraße 58 an der Steinmühlstraße in Neutölln in solcher Ausdehnung in Flammen, daß die Gefahr eines Ueberspringens der Flammen auf die angrenzenden Gebäude bestand. Branddirektor Bobsack ließ deshalb, weil außerdem auch die Treppenaufgänge vollständig verqualmt waren, zur Beruhigung der ängstlichen Mieter, über zwei mechanische Leitern mit mehreren Schlauchleitungen vorgehen, und von allen Seiten das mächtige Flammenmeer eintreiben. Dadurch gelang es, das entseetzte Element in die Gewalt zu bekommen und vollständig einzudämmen. Der Dachstuhl mit den Bodenbeschlägen war aber nicht mehr zu retten. Die Wohnungen in dem obersten Geschoss haben durch Wasser gelitten. Die Entstehungsursache konnte nicht aufgeklärt werden. Mieter, die noch abends auf dem Boden waren, haben nichts bemerkt. Der Feuerwehrmann Waskow erlitt durch herabfallende Dachziegel Verletzungen und mußte nach seiner Wohnung entlassen werden.

Ein erheblicher Dachstuhlbrand beschästigte gestern abend längere Zeit drei Böhlszüge der Berliner Feuerwehr in dem Hause Joachimshaler Straße 3, Ecke Kantstraße, wo im Dachstuhl des linken Seitenflügels Feuer ausgebrochen war. Kurz vor 8 Uhr wurde der Brand von Hausbewohnern bemerkt, die sofort die Feuerwehr alarmierten, die kurze Zeit darauf unter Leitung des Hauptmanns Spohn an der Brandstelle erschien. Es war zunächst schwierig, an den Flammenherd zu gelangen, da das stabile Holzgerüst schwer aufzuschlagen war. Weiterhin war die Löscharbeit durch starke Rauchentwicklung erschwert. Nach über einstündigem Wassergeben aus mehreren Höhen gelang es jedoch, das Feuer zu bewältigen. Ein Teil des Dachstuhls ist vernichtet. Eine direkt unter den Dachkammern liegende Notwohnung hat unter Wasser gelitten. Die Entstehungsursache ist vermutlich auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen.

## Ein neuer elektrischer Triebwagenzug.

Eine besondere Neuerung wurde den Bewohnern der nördlichen Vorortbahnstrecke Stettiner Bahnhofs-Oranienburg zuteil. Die Reichsbahndirektion stellte nämlich an diesem Tage den ersten elektrischen Triebwagenzug neuester Konstruktion in den öffentlichen Verkehr. Wie wohl allgemein bekannt, stammen die bisher auf dieser und der Strecke Stettiner Bahnhof-Bernau laufenden Triebwagenzüge aus der ersten Baujahrs- und zugleich Inflationzeit. Der neue Triebwagenzug macht nun gegenüber diesen älteren Zügen nach jeder Richtung hin einen außerordentlich vorzuziehenden Eindruck. Bereits äußerlich fällt der Zug angenehm auf; die dritte Klasse ist in gelb und die zweite in rot, ähnlich den Hochbahnwagen, gehalten. Die Eingangstüren sind breit, geräumig und leicht bedienbar, so daß das Einsteigen außerordentlich bequem ist. Auch das Innere ist durchaus den Bedürfnissen der Fahrgäste angepaßt. Die dritte Klasse weist bequeme Sitzplätze und außerdem genügend großen Raum für stehende Fahrgäste auf, die Bedienung der Fenster ist leicht zugänglich, so daß auch in heißer Sommerzeit bei überfüllten Zügen der Aufenthalt für die die frische Luft aufsuchenden Großstädter in diesen Wagen wohl durchaus erträglich zu werden vermag. Die neuartige Innenrichtung ist in einfachen Linien und so gehalten, daß die Sauberhaltung keinen Schwierigkeiten begegnet. Es ist nur zu hoffen, daß nun auch die Reichsbahn ihr Teil dazu beitragen, die Wagen in dem jetzigen lauberen Zustand zu erhalten. Die elektrische Ausrüstung dieser Züge ist die von der Reichsbahn für die Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen einheitlich gewählte automatische Druckluftsteuerung System Bergmann-Roske-Schwarzkopff und ist auch von diesen beiden Firmen geliefert. Die Motoren stammen von den beiden Firmen Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und Siemens-Schuckert-Werke.

## Opfer einer unglückigen Wette.

In einer Gastwirtschaft in Wiesenburg bei Belgig wettete der Händler Meier aus demselben Ort, daß er imstande sei, eingekochtes Ei mit der Schale herumzurollen. Leider fanden sich auch Personen, die die Wette, drei Flaschen Cognac, hielten. Kurz jedoch hatte Me. das Ei in den Mund genommen, um dasselbe herumzurollen, als er einen Krampfanfall erlitt; das Ei hatte sich im Schlund festgesetzt. Ehe der herbeigerufene Arzt erschien, war der Händler bereits erstickt.

## Der neue soziale Film „Unser täglich Brot“.

Die Veritas-Film-Gesellschaft, die den bekannten proletarischen Großfilm „Freies Volk“ im Vertrieb hat, hat unter Billigung der Epochenorganisationen der Arbeiterklasse einen neuen sozialen Film, betitelt „Unser täglich Brot“, geschaffen. Dieser Film läuft heute und die folgenden Tage bis zum Ostermontag im Lichtspieltheater Piccadilly, Charlottenburg, Bismarckstraße. Die Arbeiterklasse wird zu zahlreichem Besuch der Aufführungen eingeladen.

## „Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, und „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postausgabe bei.

Unentgeltliche Schwangerenberatung. Der Besuch der städtischen Schwangerenfürsorgestelle in Berlin-Steglitz, Grünwaldstr. 1, hat im Laufe des Jahres erheblich zugenommen, so daß die bisherigen Sprechstunden verdoppelt werden müssen. Die Sprechstunden finden unter Umänderung der bisherigen vom 1. April 1926 ab am Dienstag und Freitag von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt. In der Schwangerenfürsorgestelle wird jede die Fürsorgestelle besuchende werdende Mutter ärztlich, wirtschaftlich und juristisch unentgeltlich beraten.

Die Kapelle III der Schutzpolizei Berlin veranstaltete unter ihrem Dirigenten, Polizeihauptmannmeister Richter, für die Beamten der Schutzpolizei Gruppe Südost am Mittwoch abend im großen Saal der Reuen Woll, Hohenheide, ein Konzert, das starken Besuch aufzuweisen hatte. Die Kapelle, deren kräftiges rhythmisch gehaltenes Spiel von intensiver Arbeit zeugt und der Rührkraft des Dirigenten alle Ehre macht, brachte unter anderem den Triumphmarsch aus Wido, die Oberon-Ouverture, sowie Straußens ewig junge „Geschichten aus dem Wiener Wald“. Auf Wagner folgten etwas buntgemischt Gounod, Bizet und Grieg. An die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vorträge schloß sich die Tonmusik zweier Jazzbandkapellen. Erst die Polizeistunde machte der gemütlichen Veranstaltung ein Ende.

Die Chirurgische Universitätsklinik, Berlin N. 24, Siegelstr. 10/11, bleibt in der Osterwoche (4. bis einschl. 11. April 1926) wegen des Chirurgenkongresses geschlossen.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“  
Gesellschaftlicher Berlin G. 14. Schöneberg, W. 26. Hof 3 Nr.  
Reichsbanner, Freitag, 2. 4. Eintritt aller Kameraden 8 Uhr vormittags  
Bahnhof Ostpreußen.



